Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 20. Januar 2009
Ausgabe 011

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Kindergarten an der Arnimstraße erhält neues Gebäude 3
› Performanceprojekt „Afrika2Fischis" in der Seidlvilla 4
› Gesundheitsforum der MVHS informiert rund um das Thema Herz 5
› Ausstellung „Felsenland" von Christoph Marek in der Artothek 5
› Musiktheater „Berlin-Paris!" im Kunstforum Arabellapark 6
› Winterdienstbilanz für Montag, 19. Januar 6
Direktorium in eigener Sache **7**
› Berufung eines Listennachfolgers in den Stadtrat 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Bewachungsdienst in Einrichtungen der Landeshauptstadt München 8
› Geschäftswegweiser aus Heilbronn – ein Modell für München? 12
› Umbaumaßnahmen – ein Schritt zum Abriss des Grünwalder Stadions? 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **20**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 21. Januar, 9.45 Uhr,
Burgstraße 4, Besprechungsraum 200, 2. Stock
Plenumssitzung des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt München.

Wiederholung
Mittwoch, 21. Januar, 19 Uhr,
Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60
Stadtrat Michael Leonhart (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Martin Dessecker. Selbst in Stücken".
Achtung Redaktionen: Am Mittwoch, 21. Januar, findet um 11 Uhr eine Pressevorbesichtigung statt.

Freitag, 23. Januar, 11 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Kommunalreferentin Gabriele Friderich, zugleich Erste Werkleiterin der Markthallen München, und Rainer Hechinger, Zweiter Werkleiter der Markthallen München, informieren als Veranstalter zusammen mit Christine Hirschauer, Marktsprecherin der Viktualienmarkthändler, über das neue Veranstaltungskonzept des Faschingsdienstags auf dem Viktualienmarkt. Im Beisein einiger Marktfrauen wird das diesjährige familienfreundliche Konzept vorgestellt. Der Tanz der Marktfrauen selbst findet als Highlight unverändert am Faschingsdienstag um 11 Uhr am Maibaum statt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Samstag, 24. Januar, 15 Uhr, Residenz, Herkulessaal
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte beim Neujahrskonzert der Arbeiter-Wohlfahrt.

Montag, 26. Januar, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht den Kulturellen Ehrenpreis an Dietrich Fischer-Dieskau. Der Kulturelle Ehrenpreis wird seit 1958 jährlich an eine Persönlichkeit von internationaler Ausstrahlung für ihre kulturellen oder wissenschaftlichen Leistungen verliehen. Die Preisträgerin/der Preisträger soll eine enge Verbindung zu München als Ort der Herkunft oder des Schaffens haben.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 27. Januar, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

Dienstag, 27. Januar, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 27. Januar, 19.30 Uhr,
Pfarrsaal der Allerheiligenkirche, Ungererstraße 187
Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

Dienstag, 27. Januar, 19 Uhr,
Taverne „Odyssee", Bad-Kreuther-Straße 8
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Meldungen

Kindergarten an der Arnimstraße erhält neues Gebäude
(20.1.2009) Der Schul- und Sportausschuss des Stadtrats hat grünes Licht gegeben zur Errichtung eines neuen Gebäudes für den Städtischen Kindergarten an der Arnimstraße 30 im Stadtbezirk Sendling-Westpark. Das über 35 Jahre alte Gebäude der Einrichtung am gleichen Standort soll abgerissen und ein eingeschossiger Massivbau mit begrüntem Flachdach errichtet werden. Eine Generalsanierung des Altbestandes wäre wirtschaftlich nicht vertretbar gewesen.
Die Bauarbeiten werden nach Abschluss der notwendigen Planungsarbeiten durch das Baureferat voraussichtlich Mitte nächsten Jahres beginnen. Die Inbetriebnahme ist für Herbst 2011 geplant. Für das gesamte Projekt hat der Schul- und Sportausschuss Finanzmittel in Höhe von rund 2,8 Millionen Euro genehmigt.
Während der Bauzeit werden zwei Kindergartengruppen in der Containeranlage auf dem benachbarten Sportplatz der Grundschule an der Konrad-Celtis-Straße 44 ausgelagert. In den Containern sind derzeit zwei Hortgruppen untergebracht, nach Fertigstellung des Hortneubaus Konrad-Celtis-Straße 46 im Sommer 2009 stehen diese Räume jedoch zur Verfügung. Die beiden anderen Gruppen können in den Hausaufgabenräumen des Hortneubaus betreut werden.

Performanceprojekt „Afrika2Fischis" in der Seidlvilla

(20.1.2009) „2 Fischis"? Was wie eine verunglückte Markierung klingt, entpuppt sich als das ehemalige Hotel „Two Fishes" in Kenia, das Ausgangspunkt für eine Multimedia-Performance wird. „Two Fishes" war eines der ersten Hotels der 1970er-Jahre, das Safaris durch die Wildnis als Standardprogramm für Afrika-Touristen anbot. Bilder von diesen Reisen finden sich wahrscheinlich zu Hunderten als Dias, in Fotoalben oder als Super8-Urlaubsfilme. Irgendwann landen sie auf dem Müll, dem Flohmarkt oder bei eBay, dem Zufallsarchiv, wo sie manchmal knapp am Vergessen vorbei gerettet werden. Wer sind die Menschen auf diesen Filmen? Was haben sie erlebt? Wofür stehen die Bilder? Geht es darum zu beweisen, dass man wirklich da war, dass man es sich leisten konnte, dass man die Angst vor der Fremde besiegt hat, dass man ein neues Gebiet abgesteckt, gefilmt und gerahmt hat? Man wollte Urlaub machen, Urlaub von sich selbst, sich verlieren und macht dann ein Bild. Im Wohnzimmerregal liegt Afrika zwischen Schönbrunn und dem Gardasee.

Die Bühnenbildnerin Bettina Kraus (die schon im Sommer 2005 im Garten der Seidlvilla mit ihrem Projekt „Freiheit gegen Bier und Suppe" zu Gast war) hat zusammen mit dem Regisseur Sebastian Fust und dem Schauspieler Philipp Hauß ein Theaterprojekt entwickelt, das auf solch zufällig gefundenen, von unterschiedlichen Personen und aus verschiedenen Jahren stammenden Super8-Filmen basiert. In den Räumen der Seidlvilla gehen Schauspieler, Maler, Videokünstler, Musiker, Tänzer, ein Autor und echte Experten vom Ethnologen über Medienwissenschaftler bis hin zu Abenteurern auf die Suche nach den Geschichten hinter den Bildern. Mitwirkende: Karim Cherif, Florian Dietrich, Christian Harder, Markus Heinicke, Bernd Köhler, Dietrich Kuhlbrodt, Stefanie von Poser, Martin Schepers, Miriam Antonia Wagner und viele andere.

Der Originalschauplatz, das Hotel „Two Fishes", ist 1997 abgebrannt, es blieben nur einige Bauten mit Gastzimmern übrig. Seitdem steht die Anlage zum Verkauf.

Eine erste theatrale Gestaltung fand im Frühjahr 2008 am Burgtheater in Wien statt, nun gastiert dieses ungewöhnliche Projekt an insgesamt fünf Abenden, am 23., 24. und 25. Januar sowie 4. und 5. Februar jeweils um 20.30 Uhr in der Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b. Der Eintritt kostet 14 Euro, ermäßigt 9 Euro.

Die Aufführungen werden durch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München gefördert. Nähere Informationen telefonisch unter 33 31 39 (Seidlvilla), per E-Mail: info@seidlvilla.de beziehungsweise im Internet unter *www.seidlvilla.de*.

Gesundheitsforum der MVHS informiert rund um das Thema Herz
(20.1.2009) Im Rahmen des Gesundheitsforums der Münchner Volkshochschule (MVHS) findet am Mittwoch, 21. Januar, um 18 Uhr im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, die Veranstaltung „Der Blues mit dem Herzrhythmus – bei Herzrhythmusstörungen" mit Dr. med. Diethmar H. Antoni, Leitender Oberarzt an der Klinik für Kardiologie und Internistische Intensivmedizin, Herzzentrum am Klinikum Bogenhausen, statt. Der Facharzt erklärt, was zu tun ist, wenn das Herz klopft und rattert, aussetzt oder rast, wenn sich Schwindelgefühle, „Schwarzwerden vor den Augen" oder kurze Bewusstseinsverluste einstellen. Der Referent beantwortet persönliche Fragen und gibt ausführliche Hinweise zur Symptomatik, Diagnostik und zur gegebenenfalls notwendigen Therapie. Karten gibt es für 6 Euro bei allen Anmeldestellen der MVHS und an der Abendkasse.
Die Veranstaltung ist ein Beitrag zum Gesundheitsforum „Mit Ärzten im Gespräch" der Münchner Volkshochschule. Informationen unter Telefon 4 80 06-62 20 oder unter *www.mvhs.de*

Ausstellung „Felsenland" von Christoph Marek in der Artothek
(20.1.2009) Im Bildersaal der Artothek wird ab Freitag, 23. Januar, die Ausstellung „Felsenland" von Christoph Marek präsentiert. Die Eröffnung der Ausstellung in der städtischen Galerie ist um 19 Uhr.
„Felsenland" ist eine Ausstellung mit moderner Landschaftsmalerei von Christoph Marek. Eine souverän und konsequent geführte Malerei, die eigene Gesetzmäßigkeiten aufbaut und erfüllt: Abstraktion, kühles Sentiment, das Zueinander der Farbflächen und die daraus resultierenden Räume. Die Landschaftsmalerei von Christoph Marek gewinnt durch ihr Thema eine zusätzliche emotionale Aufladung. Die Titel sind den Bildern aufgestanzt, Schablonen buchstabieren die Namen der Felsen. Mehr noch als eine Verdoppelung geschieht, es ist ein Herausfahren aus der Fläche in den geträumten Raum. Drei Werkgruppen sind in dieser Ausstellung im Bildersaal zu sehen: Felsenland, Grade und Outdoor. Großformatige Gemälde und kleinere Arbeiten auf Papier.
Christoph Marek, geboren 1959 in Bytom (Polen), verbrachte seine Schulzeit in Ludwigshafen am Rhein, studierte an der Akademie der Bildenden Künste in München, lebt und arbeitet in München. Seit 1980 Ausstellungen und Ausstellungsbeteiligungen im In- und Ausland. Weitere Informationen zur Person unter *www.christoph-marek.de*, Ausstellungsinformationen auch unter *www.muenchen.de/artothek*.
Die Ausstellung ist vom 24. Januar bis 28. Februar in der Artothek (Städtische Galerie und Kunstverleih), Rosental 16, Mittwoch 14 bis 18 Uhr, Donnerstag 14 bis 19.30 Uhr, Freitag 14 bis 18 Uhr und Samstag 9 bis 13 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Musiktheater „Berlin-Paris!“ im Kunstforum Arabellapark

(20.1.2009) Das Kunstforum Arabellapark lädt am Freitag, 23. Januar, um 20 Uhr zu erstklassigem Musiktheater ein und heißt das Publikum willkommen im Cabaret. Vor allem in den Kulturmetropolen Europas strebten die Menschen ab den 20er-Jahren nach Befreiung von veralteten moralischen Werten. Im Vordergrund standen Themen, wie Emanzipation, Homosexualität, Klassengesellschaft, Geschlechterkampf und die Verlogenheit in Politik und Gesellschaft. Erstaunlich, wie aktuell manche der damals so scharfsinnig verfassten Texte heute noch anmuten. Die ausdruckstarke und mehrfach ausgezeichnete deutsch-französische Mezzosopranistin und Jazzvokalistin Corinne Chatel ist im Cabaret als „Marlene", als „Seemannsflittchen", als „Emanze", als geschundene „Alte" ebenso zu Hause, wie in ihrer Vater- und Muttersprache: spitzbübisch, frech und sinnlich, verrucht, bisweilen politisch und doch auch melancholisch und poetisch, vor allem stimmgewaltig, meisterlich begleitet durch den ausgezeichneten Straßburger Akkordeonisten Denis Forget. In der erfolgreichen Produktion „Berlin Paris!“ leben sie gemeinsam ihre Leidenschaft für Theatersongs aus.
Veranstalter ist das Kunstforum Arabellapark, eine Initiative von Münchner Stadtbibliothek und Münchner Volkshochschule am Rosenkavalierplatz 16. Karten zu 10 Euro können unter der Telefonnummer 9 28 78 10 bei der Münchner Stadtbibliothek reserviert werden oder sind an der Abendkasse erhältlich.

Winterdienstbilanz für Montag, 19. Januar

(20.1.2009) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Montag, 19. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 480 Fahrzeuge: 310
Streuguteinsatz:
Salz: 179,76 t Splitt: 389,87 t
Kosten des Einsatztages: 240.432,88 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 12
Bisherige Einsatztage: 68
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2008/2009: ***7.583.196,52 Euro***

Direktorium in eigener Sache

Berufung eines Listennachfolgers in den Stadtrat
(20.1.2009) Zum heutigen Kommentar in der AZ „Altmann kommt neu“ erklärt das Direktorium:
Das Nachrücken einer Ersatzperson (Listennachfolger) in den Stadtrat vollzieht sich in mehreren Schritten:
- Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers
- Berufung des Listennachfolgers in den Stadtrat
- Vereidigung in der ersten Sitzung nach der Berufung

Der bisherige Amtsinhaber Professor Dr. Piazolo ist mit Beschluss der Vollversammlung vom 17. Dezember 2008 mit Wirkung zum 31. Dezember 2008 aus dem Mandat als Stadtrat der Landeshauptstadt München entlassen worden. Johann Altmann ist mit dem gleichen Beschluss ab dem 1. Januar 2009 in den Stadtrat nachgerückt. Die Vereidigung in der Vollversammlung ist für den 28. Januar 2009 vorbereitet.
Nachdem jedoch Stadtrat Altmann bereits ab 1. Januar 2009 wirksam zum Stadtratsmitglied berufen ist, konnte er ab diesem Zeitpunkt wirksam Anträge stellen.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 20. Januar 2009

Bewachungsdienst in Einrichtungen der Landeshauptstadt München
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 25.11.2008

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 25.11.2008 nehme ich Bezug. Sie haben folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

Der Münchner Stadtrat unterstützt das Volksbegehren des DGB-Bayern für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Die Einkommen der Beschäftigten von Bewachungsfirmen liegen im Regelfall unterhalb der geforderten Mindestlohngrenze.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
In welchen Einrichtungen der Landeshauptstadt München wird ein Bewachungsdienst engagiert? Wie viele Beschäftigte sind dies jeweils?

Antwort:
In 146 städtischen Objekten werden Bewachungsdienstleistungen erbracht. Darunter gehören beispielsweise das Kreisverwaltungsreferat, das Stadtmuseum, die Sozialbürgerhäuser, und die Stadtbibliotheken. Die Zahl der Beschäftigten wird nicht ermittelt. Es handelt sich geschätzt um ca. 180 Personen.

Frage 2:
Bei welchen Arbeitgebern sind die Beschäftigten angestellt?

Antwort:
Folgende Firmen sind derzeit unter Vertrag:

Bavaria Werkschutz GmbH
Tegernseer Platz 4
81541 München

Brinks Werttransporte GmbH
Ridlerstr. 73
80339 Mchn.

Ehrl Bewachungsdienst GmbH
Ringbergstr. 1
81673 Mchn.

GSB - Ges. f. Geld u. Werttransporte
Bayreuth GmbH
Dieselstr.1
85757 Karlsfeld

GSD- Ges. f. Sicherheits-
Dienstleistungen GmbH
Plinganserstr. 49
81369 Mchn.

IBS- Industrieanlagen- und
Betriebsschutz GmbH
Rüdesheimer Str. 9
80686 Mchn.

InterschutzSüd GmbH
Kreuzhofstr. 10
81476 Mchn.

Kötter Security GmbH
Preußenstr. 6
80809 Mchn.

P. Mayr Veranstaltungsdienst GmbH
Poccistr. 8
80336 Mchn.

PSD Sicherheitsdienst GmbH
Turnerstr. 52 a
81827 Mchn.

Sdm Sicherheitsdienst Mchn. GmbH
Dachauer Str. 407
80992 Mchn.

Securitas Sicherheit u.Service GmbH
Stäblistr. 6
81477 Mchn.

Securlog Wertdienst GmbH
Wahlerstr. 2a
40472 Düsseldorf

SES- Security- u. Event Service GmbH
Toni-Merkens-Weg 4
80809 Mchn.

Siemens Building Technologie GmbH
Richard-Strauss-Str. 76
81679 München

SOD- Sicherheits- u. Ordnungsdienst
GmbH, Geisenhausener Str. 32
81379 Mchn.

WSG- Wach- u. Sicherheitsdienst GmbH
Stäblistr. 8
81477 Mchn.

WWD- Wach- u. Werkschutzdienste
GmbH, Frankenthaler Str. 5-9
81539 Mchn.

Frage 3:
Ist bei den beauftragten Bewachungsfirmen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen durch Betriebsräte gewährleistet (Bitte für alle beauftragten Unternehmen einzeln aufführen)?

Antwort:
Diese Daten werden nicht erhoben. Ein spontane Umfrage ergab zwei Betriebsräte bei sieben abgefragten größeren Firmen.

Frage 4:
Wie hoch ist der Stundenlohn der Beschäftigten?

Antwort:
Gem. Lohntarifvertrag Nr. 29 für die gewerblichen Arbeitnehmer des Wach- und Sicherheitsgewerbes in Bayern beträgt der Stundenlohn für Revier- und Streifenwachdienst 8,34 Euro, für den separaten Wachdienst 8,07 Euro und für den Werkschutz mit der Qualifikation Stufe II 8,71 Euro.

Frage 5:
Welche Arbeitsverträge haben die Beschäftigten (befristet/unbefristet; vollzeit/geringfügig)?

Antwort:
Diese Daten werden nicht erhoben. Eine spontane Umfrage ergab 83 % Vollzeit-Beschäftigte bei sieben abgefragten größeren Firmen.

Frage 6:
Gilt in den beauftragten Unternehmen ein Tarifvertrag? Wenn ja, welcher?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München schreibt vertraglich den in Antwort 4 angegeben Tarifvertrag zwingend vor. Die Einhaltung wird von der Vergabestelle 1 kontrolliert.

Frage 7:
Warum beauftragt die Landeshauptstadt München fremde Firmen mit der Bewachung eigener Einrichtungen?

Antwort:
Gründe sind eine höhere Flexibilität des Einsatzes (saisonal, witterungsabhängig), eine höhere Effektivität des Einsatzes (bessere Auslastung etwa bei der Streifenbildung) und ein günstigerer Preis (siehe Antwort 8).

Frage 8:
Wie viele Kosten (inkl. Personalkosten) würden der Landeshauptstadt München entstehen bzw. erspart bleiben, wenn für Bewachungsdienste eigenes Personal eingesetzt würde, statt für diese Tätigkeit fremde Firmen zu beauftragen?

Antwort:
Durchschnittlich werden jährlich etwa 6 Mio. Euro für Bewachungsleistungen ausgegeben. Der Personalkostenanteil wird nicht ermittelt. Die Kosten bei Eigenleistung sind rund doppelt so hoch wie bei Fremdleistung.

Geschäftswegweiser aus Heilbronn – ein Modell für München?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Ursula Sabathil, Georg Schlagbauer und Tobias Weiß (CSU) vom 28.10 2008

Antwort Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 28.10.2008 führten Sie als Begründung aus:

„Die Diskussion über die Zunahme der sogenannten Kundenstopper und deren aus mancher Sicht störende Wirkung auf das Stadtbild, hat den Blick für die Bedürfnisse der Geschäfte und Läden in der Innenstadt geschärft. Die Erhaltung und Steigerung der Attraktivität der Innenstadt muss dabei ein besonderes Anliegen der Landeshauptstadt München sein. Zur weiteren Belebung sind gerade auch die Geschäfte in der zweiten Reihe von besonderer Bedeutung. Gerade für diese Geschäfte sind die Kundenstopper und Hinweisschilder in den zentralen Einkaufspassagen und -straßen ein unerlässliches Werbemittel. Das momentan rigide Vorgehen des Kreisverwaltungsreferats veranlasst uns deshalb nach alternativen Werbemöglichkeiten Ausschau zu halten.

Auf einer Stadtratsexkursion, organisiert durch die MVG zum Thema Trambahntrasse durch die Innenstadt, wurde den Stadträtinnen und Stadträten und der Verwaltung unter anderem auch das Modell der Geschäftswegweiser in Heilbronn als Bestandteil des dortigen Citymanagements vorgestellt. Organisiert und eingeführt wurde es dort von der Stadtinitiative Heilbronn e.V. (www.stadtinitiative-heilbronn.de) mit dem Leitsatz „Zweite Reihe ist erste Sahne".

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Wie sieht das Modell der Geschäftswegweiser in Heilbronn aus?

Antwort:
Die Stadtinitiative Heilbronn e.V. hat in der gesamten Innenstadt 14 Geschäftswegweiser von 180 cm Höhe installiert. Sie zeigen dem Innenstadtbesucher auf einem Stadtplan und einem 8x100 cm großen, frei gestalteten Schriftzug die Händler, Dienstleister und Gastronomiebetriebe in den Nebenlagen. Für kulturelle Sehenswürdigkeiten hat die Stadt Heilbronn eigene Hinweistafeln aufgestellt. Die Investitionskosten für die Ge-

schäftswegweiser (jeweils ca. 3000 Euro) wurden auf die Betriebe umgelegt, die sich mit einer Anzeige beteiligt haben. Die laufende Reinigung verbleibt bei dem Verein. Kosten, die für Renovierungsmaßnahmen anfallen, werden den beteiligten Betrieben berechnet. Darüber hinaus sind keine laufenden Beiträge zu zahlen.

Frage 2:
Gibt es ähnliche Beispiele in anderen Städten?

Antwort:
Nachfolgende Rückmeldungen hat das Referat für Arbeit und Wirtschaft von anderen Städten nach deren Befragung zum Thema Geschäftswegweiser erhalten:

In Hamburg wird aktuell gegen die bislang geduldeten einzelnen Hinweisschilder und Werbetafeln vorgegangen, die zu einer Verunstaltung des Stadtbildes geführt haben. Problematisch sei vor allem, dass Gewerbetreibende im ganzen Stadtbereich aus Gründen der Gleichbehandlung eine Beschilderung forderten. Sammelhinweisschilder oder Geschäftswegweiser gibt es in der Innenstadt nicht.

Für die Stadt Köln existiert ein Firmenwegweiserkonzept, mit dem die Werbemaßnahmen vereinheitlicht werden sollen. „Kundenstopper“ sind hierin zwar nicht explizit vorgesehen, aber generell möglich. Für nahezu sämtliche Werbeaktivitäten in öffentlichem Straßenland besteht ein Exklusivvertrag mit der Kölner Außenwerbung GmbH.

In Nürnberg sind Werbetafeln an den Geschäften als Sondernutzung grundsätzlich zulassungs- und gebührenpflichtig. Bis vor wenigen Jahren wurden Werbetafeln ungenehmigt geduldet. Mittlerweile wird gegen ungenehmigte Werbeträger, die einer Zulassung bedürfen, vorgegangen. Hinweisschilder, wie Geschäftswegweiser auf Geschäfte in den Nebenlagen sind nicht zulässig. Der Wettbewerbsnachteil würde durch die geringere Miete in den Nebenlagen als ausgeglichen erachtet. Sammelhinweisschilder gibt es für kleinere Einkaufsgebiete, jedoch nicht in der Fußgängerzone. Sie befinden sich auf öffentlichem Grund (Grünflächen oder Gehwege) und werden von einer privaten Firma betrieben, die die Sondernutzungszulassung und Baugenehmigung einholt. Sie übernimmt die Investition und berechnet den Gewerbetreibenden die Anzeige auf der Tafel.

Die Stadt Rosenheim und das City-Management überlegen derzeit, in der Innenstadt Sammelhinweisschilder aufzustellen, die auch Sehenswürdigkeiten enthalten sollen. Es gibt jedoch noch kein konkretes Konzept oder Erfahrungsberichte.

Frage 3:
Sind diese Modelle auf die Münchner Situation übertragbar?

Antwort:
Zur rechtlichen und stadtgestalterischen Beurteilung von Geschäftswegweisern in der Innenstadt haben das Planungsreferat, das Baureferat und das Kreisverwaltungsreferat Stellung genommen:

Geschäftswegweiser sind Werbeanlagen, die eine Baugenehmigung erfordern. Ausnahmen vom Genehmigungsverfahren sind dabei zwar vom Gesetz vorgesehen bei

- Werbeanlagen mit einer Ansichtsfläche bis zu 1 m² (einzelne Flächen werden addiert; Geschäftswegweiser würden vermutlich über 1 m² aufweisen) und /oder bei
- Zeichen, die auf abseits oder versteckt gelegene Stätten hinweisen, außer im durch das Baugesetzbuch definierten Außenbereich.

Jedoch sind auch im Falle von Verfahrensfreiheit vor allem öffentlich-rechtliche Vorschriften wie das Bauplanungsrecht einzuhalten. Das heißt unter anderem, dass Werbeanlagen dem jeweils rechtsgültigen Bebauungsplan nicht widersprechen dürfen. Da Geschäftswegweiser in der Innenstadt ganz überwiegend auf öffentlichem Grund stehen müssten, befänden sich die Werbeträger regelmäßig außerhalb des Bauraums, weshalb trotz Verfahrensfreiheit eine Befreiung von den Festsetzungen des jeweils gültigen Bebauungsplanes erforderlich wäre. Eine solche Befreiung würde jedoch bei Werbeanlagen eher restriktiv gehandhabt.

Daneben ist es äußerst wichtig, keine Bezugsfälle zu schaffen.

Weiterhin sind die Belange des Denkmalschutzes im Baugenehmigungsverfahren mit zu prüfen, das heißt, konkret ist eine eventuelle Beeinträchtigung des überlieferten Erscheinungsbildes, bzw. die künstlerische Wirkung eines Baudenkmals und gegebenenfalls eines Ensembles zu berücksichtigen.

Für Vorhaben auf öffentlichem Grund ist außerdem eine straßen- und wegerechtliche Sondernutzungserlaubnis notwendig, für die bei Werbeanlagen bis zu 1 qm Ansichtsfläche das Kreisverwaltungsreferat zuständig ist. Bei größeren Werbeanlagen wird die Sondernutzungserlaubnis im Rahmen der Baugenehmigung durch das Planungsreferat erteilt.

Jedes Geschäft und jeder Anbieter von Waren und Dienstleistungen hat im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die Möglichkeit, Namen und Geschäftsmodell am Ort der Leistung in geeigneter Weise durch verschiedenartigste Werbeanlagen kenntlich zu machen.
Im öffentlichen Verkehrsraum der Landeshauptstadt München wurde das alleinige Recht, Werbeanlagen zu errichten, auf die Firma Ströer Media Deutschland GmbH & Co. KG übertragen.

Mit Beschluss vom 11.12.2007 hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München ein Maßnahmenpaket zur Aufwertung der Fußgängerzone beschlossen unter anderem mit dem Ziel, die Fußgängerzone von störenden Einrichtungen zu befreien, um dafür dringend notwendige, zusätzliche Bewegungsflächen für die Passantenströme zu schaffen. Eine Aufstellung von Geschäftswegweisern würde diesem erklärten Ziel des Stadtrates zuwider laufen und statt dessen zu einer erneuten Belastung des öffentlichen Raumes in der Münchner Innenstadt mit Hinweis- bzw. Werbeeinrichtungen führen.

Wie dargelegt, wäre die Aufstellung von Geschäftswegweisern in der Innenstadt sowohl aus stadtgestalterischen und denkmalschutzrechtlichen als auch aus rechtlichen Gründen problematisch. Die Erteilung einer Genehmigung kann aus Sicht des Planungsreferates nicht in Aussicht gestellt werden und wird vom Baureferat nicht befürwortet.

Umbaumaßnahmen – ein Schritt zum Abriss des Grünwalder Stadions?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Nadja Hirsch, Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 23.9.2008

Antwort Schul- und Kultusreferat:

Auf Ihre Anfrage vom 23.09.2008 nehme ich Bezug und möchte mich zunächst für die von Ihnen gewährte Terminverlängerung bedanken.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Durch kürzlich durchgeführte Baumaßnahmen (neue Umzäunungen, Verlegung der Polizeizentrale etc.) wurde die Kapazität des Grünwalder Stadions von bisher rd. 21.000 Plätze auf nun rd. 10.000 Plätze mehr als halbiert."

Bevor ich auf Ihre Fragen eingehe, möchte ich feststellen, dass die durchgeführten Baumaßnahmen als Sofortmaßnahmen zu verstehen waren, um den Spielbetrieb für die Saison 2008/2009 nach den Auflagen des DFB und den Vorgaben der Versammlungsstättenverordnung sicherzustellen und nicht die Baumaßnahmen ursächlich zu einer Reduzierung der Besucherkapazität geführt haben. Die Beschränkung auf 10.240 Besucher ist das Ergebnis eines intensiven Abstimmungsprozesses zwischen dem DFB/DFL, den beiden Vereinen FC Bayern München AG und TSV München von 1860 GmbH & Co. KgaA und den Sicherheitsbehörden wie das Polizeipräsidium München und dem Kreisverwaltungsreferat sowie dem Baureferat, dem Planungsreferat, der Stadtkämmerei, der Paulaner-Brauerei und dem Schul- und Kultusreferat. Um diese Antwort nicht zu überfrachten, verweise ich an dieser Stelle auf die Details im Beschluss des Sportausschusses des Stadtrates vom 15.04.2008 und den Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.04.2008 worin die angesprochenen Baumaßnahmen parteiübergreifend beschlossen wurden.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wodurch wurden die Baumaßnahmen und die erhebliche Verkleinerung des Fassungsvermögens des Stadions veranlasst (Erläuterung bitte pro Baumaßnahme)?

Antwort:
Die einzelnen baulichen Maßnahmen und die Verkleinerung des Fassungsvermögens des Städt. Stadions an der Grünwalder Straße wurden durch die Sicherheitsauflagen des DFB zur Einführung der 3. Liga und der Regionalliga sowie der neuen Versammlungsstättenverordnung notwendig. Zusätzlich wurden die Erfahrungen des Polizeipräsidiums München bei der Bewältigung von Fußballeinsätzen in München und Unterhaching berücksichtigt. So waren auch aus dieser Sicht die Baumaßnahmen erforderlich, um die Spiele der 3. Liga, an der mehrere Vereine mit einem erheblichen Gewaltpotential teilnehmen, im Städt. Stadion an der Grünwalder Straße austragen zu können. Ferner haben Ausschreitungen bei den Regionalligaderbys zwischen dem FC Bayern München II und dem TSV 1860 München II gezeigt, dass die baulichen und technischen Gegebenheiten des Stadions unzureichend waren. Die Reduzierung der Zuschauerzahl war eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen eines abgestimmten Sicherheitskonzeptes. Vor allem für den Außenbereich des Stadions wären bei einer höheren Zuschauerzahl zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich gewesen, um die Besucherzahlen zu bewältigen und Fantrennungsmaßnahmen zu gewährleisten. Risikospiele hätten in einem Ausweichstadion stattfinden müssen. Aufgrund der seit Jahren geringen Besucherzahlen bestand kein Bedarf, das Stadion baulich, technisch und konzeptionell auf größere Kapazitäten auszulegen. Seit 2005 waren nur einmal mehr als 10.000 Besucher im Stadion (12.000 Zuschauer beim XX-Tausend-Spiel am 24.05.2008). In der Regel werden pro Spiel nur etwa 1.000 - 2.000 Zuschauer erwartet. Mit den durchgeführten Maßnahmen wurde ein Teil der ohnehin bis zum 31.12.2009 erforderlichen Nachrüstungen gem. Versammlungsstättenverordnung bereits vorweggenommen.

Frage 2:
Wie teuer waren diese Umbaumaßnahmen?

Antwort:
Im Beschluss des Sportausschusses des Stadtrates vom 15.04.2008 und dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.04.2008 wurde der Kostenrahmen für die Sofortmaßnahmen mit 800.000 Euro beziffert. Die Schlussabrechnung wird sich in diesem Rahmen bewegen.

Frage 3:
Warum wurde die Polizeizentrale in die Westkurve und nicht in die bereits vorhandenen Kabinen auf der Haupttribüne verlegt?

Antwort:
Die Unterbringung der Polizeizentrale in der Pressetribüne war nicht möglich, da aus statischen Gründen die Belegung dieser Tribüne limitiert ist und sie auch der Polizei zu wenig Raum bietet, die Fußballeinsätze zu bewältigen. Dazu ist eine Befehlsstelle mit ausreichend Arbeitsplätzen und Flächen für die Unterbringung der erforderlichen Informations- und Kommunikationstechnik erforderlich. Die Containerlösung stellt eine Übergangslösung dar, da bei einer Stadionsanierung eine neue Befehlsstelle integriert werden müsste. Die Situierung im Block J hatte sich angeboten, da dieser Bereich aus baulichen Gründen für Zuschauer bereits vor mehreren Jahren gesperrt werden musste. Eine Reduzierung der Zuschauerkapazität wird dadurch nicht bedingt.

Frage 4:
Warum wurden die einzelnen Blöcke G, H, Q zusätzlich unterteilt? Wie hoch ist die Belegung pro Block?

Antwort:
Die neue Blockeinteilung im Städt. Stadion an der Grünwalder Straße wurde unter Berücksichtigung folgender Anforderungen getroffen:
Zunächst ist hier die Besonderheit zu nennen, dass beide Vereine für Ihre Heimspiele eine jeweils andere Block-Inanspruchnahme vorgeben. Eine weitere Variante ergibt sich noch bei einer Derbysituation.
Die Richtlinien des DFB verlangen eine max. Sektoren-/Blockgröße von 2.500 Zuschauern. Um eine Beherrschbarkeit auch bei Risikospielen sicher zu stellen, sind nach den Erfahrungen der Polizei jedoch für die Stehplatzbereiche deutlich kleinere Blockgrößen erforderlich um Problemfans getrennt von friedlichen Zuschauern unterbringen zu können. Bei einer Unterbringung aller Fans in einem Block bestünde das Problem, dass nicht gezielt gegen Störer vorgegangen werden könnte und erforderliche Maßnahmen wie Blocksperren nicht selektiv, sondern gegen alle Blockbesucher angewandt werden müssten.
Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde in Abstimmung mit dem DFB und den Vereinen die Blockeinteilung überprüft. Im Bereich G/H (Gästeblock Stehplätze bei FC Bayern-Heimspielen) wurde die Absperrung ergänzt. Der Block Q (Gästeblock Stehplätze bei TSV 1860-Heimspielen) wurde in Q1 und Q2 aufgeteilt.

Damit ergibt sich folgende Blockbelegung:

Block	Heimspiel TSV 1860	Heimspiel FC Bayern
G	600	500 (Gast)
H	600	500 (Gast)
Q1	500 (Gast)	600
Q2	480 (Gast)	1.600

Frage 5:
Sind in Anbetracht der Tatsache, dass im Grünwalder Stadion noch vor drei Jahren Spiele der 2. Bundesliga mit dem alten Fassungsvermögen problemlos durchgeführt wurden, die Baumaßnahmen als weiterer Schritt auf dem Weg zu weniger Attraktivität des Stadions und damit zum Abriss zu verstehen?

Antwort:
Nein.
Zur Saison 2004/2005, in der der TSV 1860 München seine Spiele der 2. Bundesliga (ohne sog. Risikospiele, die im Olympiastadion stattfanden) im Städt. Stadion an der Grünwalder Straße durchführte, ist anzumerken, dass die Feststellung, die damaligen Spiele seien problemlos durchgeführt worden, nicht richtig ist. Für diese Spiele waren von Seiten des DFB, wegen der Beschränkung auf eine Saison, in erheblichem Maße Ausnahmegenehmigungen erteilt worden. Zusätzliche Sicherheitseinrichtungen wurden damals nur temporär geschaffen und vieles hatte man über entsprechenden Mannschaftseinsatz bei Polizei und Ordnern abgefangen.
Ohne die von einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des Schul- und Kultusreferates/Sportamt, des Baureferates, des Kreisverwaltungsreferates, des Planungsreferates, der Stadtkämmerei, dem Deutschen Fußball Bund, dem Polizeipräsidium München, dem TSV 1860 München und dem FC Bayern München erarbeiteten und vom Stadtrat der Landeshauptstadt München einstimmig von allen Parteien beschlossenen Sofortmaßnahmen wäre bereits in der Saison 2008/2009 kein Spielbetrieb in der 3. Liga und der Regionalliga mehr möglich gewesen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 20. Januar 2009

Stadtreparatur um den Oskar-von-Miller-Ring anpacken
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Hans Dieter Kaplan, Alexander Reissl, Claudia Tausend, Beatrix Zurek (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Paul Bickelbacher, Sabine Krieger, Sabine Nallinger, Boris Schwartz (Bündnis 90/Die Grünen)

Christbäume vor Ort einsammeln und als Energiequelle nutzen!
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Situation bei der Gewerbesteuer
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU)

Bahnhofsstandl im ÖPNV erhalten
Antrag Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei)

Münchens Schulen bekennen sich zur bayerischen Sprache
Antrag Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD
Stadtratsfraktion

Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen – rosa liste

München, den 20.01.2009

Stadtreparatur um den Oskar-von-Miller-Ring anpacken

Antrag

Das Planungs-, das Bau- und das Kreisverwaltungsreferat werden beauftragt, dem Stadtrat noch im ersten Halbjahr 2009 einen Vorschlag für Verbesserungen am und um den Oskar-von-Miller-Ring vorzulegen und dabei auch die Frage nach dem Sinn einer Tunnelverlängerung zu behandeln. Ziel soll sein, die Maxvorstadt und das Pinakotheken-Umfeld vom Verkehr zu entlasten, die Fußwegebeziehungen zwischen Altstadt und Maxvorstadt zu verbessern und den öffentlichen Raum im Bereich des Altstadtringes und am Platz der Opfer des Nationalsozialismus aufzuwerten.

Einbezogen werden sollten folgende, schon lange diskutierte Überlegungen und Maßnahmen.

- Veränderung der Verkehrsführung auf Basis der sogenannten „Alternative V“, also primär der Bündelung des Verkehrs auf der Briennerstraße. Dabei sind die damaligen Vorschläge auf der Grundlage aktueller Zahlen, was die Verkehrsbelastung der einschlägigen Straßen betrifft, zu überprüfen.
- Schaffung einer Abbiegemöglichkeit von der Ludwigstraße von Norden auf den Altstadtring Richtung Westen, um die innere Ludwigstraße, den Odeonsplatz und die innere Briennerstraße im Sinne des Innenstadtkonzeptes vom Verkehr zu entlasten.
- Im Zuge der anstehenden Brandschutzsanierung sind Rückbaumaßnahmen im Bereich des Tunnelmundes des Altstadtringtunnels zu prüfen. Dabei soll auch eine andere Spuraufteilung im Tunnel (nur noch eine Spur von bzw. in Richtung Gabelsberger Straße) geprüft werden.
- Aufwertung des öffentlichen (Straßen-)Raumes im Bereich des Altstadtringes, an der inneren Brienner Straße im Bereich des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus und des nördlichen Maximiliansplatzes. Raum hierfür kann durch eine Bündelung der Fahrspuren gewonnen werden.
- Bessere Querungsmöglichkeiten des Altstadtringes für Fußgänger und Radfahrer.

Begründung

Der überaus großzügig dimensionierte Altstadtring im Bereich des Altstadtringtunnels hat vor allem im Umfeld des westlichen Tunnelmundes für Fußgänger und Radfahrer eine nur schwer zu überwindende Barriere zwischen der Maxvorstadt und der Altstadt Münchens geschaffen. Deswegen werden seit vielen Jahren Maßnahmen diskutiert, die diese äußerst unbefriedigende Situation verbessern können. 1999 wurde ein Workshop durchgeführt, dessen Ergebnisse im Jahr 2000 im Stadtrat vorgestellt wurden. Im Zuge dieses Beschlusses wurde die Verwaltung beauftragt, die Vorschläge aus dem Wettbewerb, bei dem eine Tunnelverlängerung favorisiert wurde, zu prüfen und dem Stadtrat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung wurden die weiteren Planungen hintangestellt.

Mit Fertigstellung der Pinakothek der Moderne, der Sammlung Brandhorst und im Hinblick auf die Diskussion um die Umgestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus, um einen würdigeren Gedenkort zu schaffen, gewinnt die Stadtreparatur in diesem Bereich an Aktualität. Darüber hinaus steht die Brandschutzsanierung im Tunnel demnächst an.

Die bisher diskutierten Maßnahmen könnten evtl. auch ohne eine Tunnelverlängerung erhebliche Verbesserungen für das Stadtbild und die Fußgängerbeziehungen bringen. Ein baldiger Beschluss soll Klarheit bringen, ob eine kostspielige Tunnelverlängerung verfolgt werden sollte und welche Maßnahmen auch ohne diese kurzfristig realisiert werden könnten.

Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Siegfried Benker
Fraktionsvorsitzender

Claudia Tausend
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Boris Schwartz
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Hans Dieter Kaplan
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Sabine Krieger
Stadträtin

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Paul Bickelbacher
Stadtrat

Beatrix Zurek
Stadträtin

Sabine Nallinger
Stadträtin

Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

Anfrage
20.01.09

Christbäume vor Ort einsammeln und als Energiequelle nutzen!

Im Gegensatz zu München, werden z.B. in Berlin die Christbäume an zwei festen Abholtagen vor der Haustür von der Berliner Stadtreinigung eingesammelt und einer energetischen Verwertung zu geführt. Der Abholservice kommt den Berliner Bürgerinnen und Bürgern sehr entgegen, die nicht wie in München, ihre Bäume zu einigen wenigen, oft weit entfernt liegenden Sammelstellen bzw. Wertstoffhöfen mühsam transportieren müssen. Hilfe erhalten die Münchner nur in einigen Stadtteilen durch ehrenamtlich engagierte Helfer der Jungen Union, die einen Abholservice anbieten.
In Berlin werden aus den Tannenbäumen ca. 2100 Tonnen Hockschnitzel hergestellt, die dann anschließend in Kraftwerken in der Hauptstadt verbrannt werden. Mit der daraus gewonnenen Energie können nach Berechnungen des Senats 700 Haushalte ein Jahr lang mit Strom und Wärme versorgt werden. Eine erfreuliche Bilanz und ein hervorragender Bürgerservice.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wieso werden in München, nach Berliner Vorbild die Christbäume nicht direkt vor den Häusern und Wohnungen, an einem bzw. zwei festgelegten Tagen pro Entsorgungsbezirk, durch das AWM eingesammelt und dann gemeinsam mit den Stadtwerken einer energetischen Verwertung zu geführt?
2. Wie werden in München die von den Bürgern mühsam zu den wenigen Sammelstellen geschleppten und abgegeben Christbäume verwertet?
3. Wie viel Tonnen verwertbares Holzmaterial ist dabei in den letzten Jahren durchschnittlich angefallen?
4. Würde bei einer Direktabholung vor den einzelnen Anwesen nach Schätzung durch Fachleute das Volumen noch ansteigen und würde dadurch auch ein Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet, weil nicht mehr so viele Bäume mit erheblicher Restfeuchtigkeit in heimischen Öfen mit nicht ausreichenden Filtern verbrannt würden?
5. Um an das Berliner Beispiel anzuschließen, wie viele Haushalte könnten in München, bei einer Verbrennung der hier zu erwartenden Menge, an zu Holzschnitzeln zerkleinerten Christbäumen, ein Jahr lang mit Strom und Wärme versorgt werden?
6. Gibt es von Seiten der AWM, bzw. der SWM Überlegungen, dem Berliner Beispiel künftig zu folgen, wenn nein warum nicht?

gez.

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: rquaas@yahoo.de
Tel.: dienstlich 210 140-53

Josef Schmid Hans Podiuk

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
20.01.09

Situation bei der Gewerbesteuer

„Krisen-Alarm: Stadt droht Haushaltssperre“, so lautete die Überschrift einer Münchner Tageszeitung am 20.12.2008, also kurz nach den Haushaltsberatungen.

Da sich die Situation seit dem Bericht nicht verbessert hat, sondern im Gegenteil, die Berichte der letzten Tage aus dem Banken- und Automobilsektor alarmierend sind, fragen wir:

1. Wie sehen die Einnahmen der Gewerbesteuer derzeit aus?

2. Kann nach neuesten Erkenntnissen der Ansatz für 2009 gehalten werden oder sind schon Kürzungen abzusehen?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Thomas Hummel

Stadtrat in München

Rathaus, Zimmer 174

An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

19. Januar 2009

<u>Antrag:</u> Bahnhofsstandl im ÖPNV erhalten

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München möge beschließen:

1. Die MVG wird aufgefordert, das Aufstellen von Stehtischen sowie den Verkauf von alkoholischen Getränken durch Kioskbetreiber in U-Bahnhöfen weiterhin zuzulassen.

2. Änderungskündigungen und ähnliche Vertragsanpassungen, die der Ziffer 1 widersprechen, werden nicht mehr vorgenommen. Soweit Verträge bereits geändert wurden, werden die entsprechenden Klauseln aufgehoben bzw. wird auf ihre Durchsetzung verzichtet.

Begründung:

Die Immobilienverwaltung der MVG hat nach Angaben von Betroffenen begonnen, den Betreibern der Kioske in den U-Bahn-Zwischengeschossen Vertragsänderungen zuzusenden. Zu den neuen Bestimmungen gehört unter anderem ein Verbot des Aufstellens von Stehtischen sowie des Alkoholausschanks.

Diese Klauseln werden zu erheblichen Umsatzeinbußen bei den Betreibern führen: Das Verbot des Verkaufs von Alkoholika würde für die Inhaber der Standl nach eigenen Angaben durchschnittliche Umsatzeinbußen von täglich 150 bis 200 Euro bedeuten; im Monat wären 4500 bis 6000 Euro geringere Einnahmen durchaus existenzgefährdend.

Bei einem Wegfall der Stehtische würde auch der Verkauf von Kaffee und anderen alkoholfreien Getränken weiter zurückgehen. Auch dies würde immense Umsatzeinbußen für die Kioskbesitzer bedeuten. Gerade mit dem Verkauf von Alkoholika und Kaffee erzielen die Kioske die höchsten Handelsspannen. Insbesondere dieses Verbot erscheint unbegründet. Die Attraktivität der Bahnhofskioske für Pendler, dort schnell auf dem Arbeitsweg einen Kaffee zu trinken, zu frühstücken oder auch sich in der Mittagspause zu verpflegen, verringert sich deutlich.

Außerdem erscheint es unbillig, gerade die Verkäufer in den Bahnhöfen zu belasten; nach der Lebenserfahrung suchen sich deren Kunden dann eben andere Läden außerhalb des MVG-Bereichs und bringen die Alkoholika mit. Will die MVG das Alkoholverbot ernsthaft durchsetzen, so hat sie dies selbst zu überwachen; die „Trockenlegung“ einzelner Alkoholquellen zulasten der betroffenen Gewerbetreibenden erscheint dagegen wirkungslos. Zudem wurde bereits ein Stadtratsantrag (Nr. 08-14 / A 00497) eingereicht, der dieses Verbot wieder aufheben soll.

Berücksichtigt man, dass einigen Betreibern im selben Brief eine Erhöhung der Umsatzpacht mitgeteilt wurde, wird sich deren Lage insgesamt drastisch verschlechtern. Es wäre Aufgabe des Stadtrats, sicherzustellen, dass die Münchner Bahnhöfe auch attraktive Einkaufsgelegenheiten bieten.

Thomas Hummel
ehrenamtlicher Stadtrat

Thomas Hummel

Stadtrat in München

Rathaus, Zimmer 174

An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

16. Januar 2009

<u>Antrag:</u> Münchens Schulen bekennen sich zur bayerischen Sprache

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München möge beschließen:

1. Der Stadtrat begrüßt und fördert die Verwendung der bayerischen Regionalsprachen und ihrer Dialekte in städtischen Schulen.

2. Schüler und Lehrkräfte werden darin bestärkt, sowohl im Unterricht als auch bei sonstigen schulischen Aktivitäten das Bayerische zu pflegen.

3. Benachteiligungen aufgrund der Verwendung des Bayerischen sind in jeder Hinsicht ausgeschlossen.

4. Dies gilt entsprechend auch für städtische Kindergärten, Betreuungseinrichtungen und vergleichbare Institutionen.

Begründung:

In der Landeshauptstadt besteht die Gefahr eines Aussterbens der bayerischen Sprache. Nach einer durch den Dialektforscher Dr. Bernhard Stör veröffentlichten Erhebung sprechen nur noch 1,8 % der Münchner Schüler die bairische oder eine andere bayerische Regionalsprache - im restlichen Oberbayern liegt der Anteil zehnmal so hoch. Gleichzeitig ist aber gerade in München eine „Renaissance des Bayerischen“ (Abendzeitung, Lokalteil vom 12. Januar 2009) festzustellen. Dieser Situation muss sich auch der Stadtrat im Rahmen seines Aufgabenbereichs, insb. im Hinblick auf die städtischen Schulen und Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, stellen.

Für eine Pflege des Bayerischen sprechen dabei nicht nur kulturelle Erwägungen. In der Süddeutschen Zeitung vom 17. Juli 2005 äußern sich unter dem Titel „Dialekt macht schlau“ zahlreiche Pädagogen und Experten dahingehend, dass Regionalsprachen im Lernalltag von Vorteil sind. „Dialektsprecher lernen früh, zwischen verschiedenen Sprachebenen zu unterscheiden. Das trainiert die Auffassungsgabe und das abstrakte Denken“, so der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands führt die positive Entwicklung

analytischer Fähigkeiten an.

Angesichts der mehrheitlich Schriftdeutsch sprechenden Schüler in München entsteht jedoch ein Anpassungsdruck auf Dialektsprecher. Erfahrungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche hier eher den Weg des geringsten Widerstands wählen. Aber auch das bisherige Klima an Münchner Schulen ist nicht dialektsprecherfreundlich. Ich möchte hier eine Reihe von Lehrerzitaten anführen:

> „Dialekt ist etwas sehr schönes für Daheim, hat aber in der Schule nichts verloren."
>
> „Solange eure türkischen Mitschüler auch nicht richtig Deutsch können, drück ich auch bei den Bayern noch ein Auge zu."
>
> „Mir persönlich macht das nichts aus, aber in den höheren Klassen wird Ihre Tochter noch Probleme bekommen, wenn sie weiter Bayerisch redet. Aber meistens gewöhnen sich die Kinder das eh mit der Zeit ab."
>
> „Referate könnt ihr gerne auch auf Bairisch halten. Die Notenskala beginnt dann bei 2."

Es soll nicht darum gehen, das Lehrer-Schüler-Verhältnis durch zusätzliche Regelungen weiter zu bürokratisieren. Keinesfalls können Lehrkräfte dazu verpflichtet werden, auf Bairisch zu lehren, wenn dies ihrem Naturell nicht entspricht. Gleichzeitig soll dieser Beschluss aber auch keine reine Sympathiebekundung für die bairische Sprache darstellen. Es geht vielmehr darum, die Kinder, die den Dialekt vom Elternhaus her beherrschen, im Schulalltag zum Gebrauch des Bairischen zu ermuntern. Außerdem erhalten Lehrkräfte und Erzieher sowohl eine Grundlage, Dialektsprecher gegen eventuelle Diskriminierungen zu verteidigen, als auch eine Anregung, ihr eigenes Verhalten zu überdenken und entsprechend anzupassen.

Angesichts der zunehmenden Wichtigkeit von Kindergärten, Betreuungseinrichtungen und vergleichbaren Institutionen soll dieser Beschluss auch für diese gelten.

Thomas Hummel
ehrenamtlicher Stadtrat.